

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. März 1923 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postzusatz für Monat März 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.  
**Einzelnummer 10 Pfennig.** Außerhalb Dresdens 15 Pfennig  
 Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., auferhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamzeile 200 Pfg., auferhalb 250 Pfg., Obergangsgebühr 30 Pfg., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druckerschrift: Nachrichten Dresden  
 Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241  
 Nur für Nachdruck: 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
 Marienstraße 38-42  
 Druck u. Verlag von Piepich & Reichardt in Dresden  
 Volksbank-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Oefen und Herde**  
 kauft man preiswert im Fachgeschäft  
**Chr. Garms** Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13  
 Fernsprecher 14262 Nähe Postplatz  
 Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

**Konditorei Schmorl**  
 Amalienstr. 8-10 / Wilsdruffer Straße 20  
 Neuheit! Bitter Pralinen!

**THÜRMER-FLUGEL-PIANOS**  
 Kunstspielpianos  
 seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
**Meißen** i. Sa. **Martin-** str. 12 **Bautzen** i. Sa. **Seminar-** str. 9

## Wichtige Unterredung Stresemann-Briand.

### Allgemeine Enttäuschung über Mussolinis Antwort. — Das Wahlergebnis in Polen.

## Kompromißversuche in der Untersuchungsfrage.

### Auch Aussprache über das Rheinlandproblem.

Genf, 5. März. Heute um 6 Uhr hat die erste Unterredung zwischen Stresemann und Briand stattgefunden. Die Unterredung dauerte etwa 1 1/2 Stunde. Briand erklärte einigen Pressevertretern über den Verlauf seiner Unterredung mit Dr. Stresemann, man besinde sich gegenwärtig auf dem Wege einer Lösung der Untersuchungsfrage, und er hoffe, daß ein allerseits befriedigendes Resultat bald zustande kommen werde.

Es verlautet ferner von gut unterrichteter Seite, daß in dieser Unterredung die Rheinlandfrage einen breiten Raum eingenommen habe, doch werden vorläufig von keiner Seite irgendwelche näheren Mitteilungen herüber gemacht. Auch „Paris Midy“ ist der Meinung, daß es so gut wie sicher sei, daß Stresemann und Briands Verhandlungen in Genf von entscheidenden Folgen für die deutsch-italienische Verständigung sein werden.

Es steht als sicher fest, daß der Rat morgen in einer Geheim Sitzung die Verhandlungen über den Untersuchungsantrag der Kleinen Entente gegen Ungarn beginnen wird. Es stehen gegenwärtig eine Reihe von Kompromißvorschlägen zur Erörterung, unter anderen daß der Völkerbundrat Ungarn einen Fabel erlassen soll, ohne daß hierbei offiziell das Untersuchungsverfahren angesetzt wird, gegen das sowohl von englischer als auch von italienischer Seite eine ausgesprochene Abneigung besteht. Man erwartet, daß zunächst der von der ungarischen Regierung delegierte General Tanczos aufgefodert werden wird, das Material der ungarischen Regierung zu der Gotthard-Affäre einzureichen. Sodann soll die weitere Untersuchung der händigen Militärkommission des Völkerbundes übertragen werden, die sowohl dem Rat einen Bericht erstatten soll. Jedoch muß schlaefelt werden, daß am Montag abend noch bei allen Delegationen wenig Klarheit über den weiteren Verlauf der Angelegenheit besteht.

Der italienische Delegierte Scialoja hatte heute abend eine längere Unterredung mit dem ungarischen Außenminister Walfs und sodann eine Rücksprache mit Chamberlain. Die englische Delegation legt sich zurzeit größte Zurückhaltung auf.

### Geheimtügung des Rates.

#### Ueber die litauische Frage.

Genf, 5. März. Der Völkerbundsrat hat nach der öffentlichen Sitzung sich in einer kurzen Geheimtügung mit dem Stand der polnisch-litauischen Frage befaßt. Chamberlain erinnerte dabei an die Entscheidung des Rates vom letzten Dezember, durch die der Berichtskriter, der holländische Minister des Aeußeren Deckeris van Blootland, den Auftrag erhalten hatte, mit den beiden Parteien in Fühlung zu bleiben. Chamberlain schlug vor, daß in einer der nächsten Sitzungen des Rates der Berichtskriter eine Darstellung der ihm etwa von den Parteien zu-

gegangenen oder zuziehenden Informationen geben solle. Nachdem sich der Rat eingehend mit dem englischen Vorschlag beschäftigt hatte, wurde der Generalsekretär beauftragt, sofort telegraphisch die litauische Regierung von dieser Entscheidung zu verständigen für den Fall, daß sie sich bei der Erhaltung des Berichtes im Rate vertreten lassen wolle.

Wenn auch zurzeit noch nicht bekannt ist, ob Wolde-maras infolge dieses Beschlusses nach Genf kommen wird, so steht doch somit fest, daß die polnisch-litauische Frage nunmehr im Rat zur Erörterung gebracht werden wird. — Im Anschluß an die Geheimtügung des Völkerbundsrates fand unter dem Vorsitz des kolumbischen Delegierten Uruttia

### eine kurze öffentliche Sitzung

statt. Nachdem der Rat einen Bericht über die griechische Flüchtlingsfrage entgegengenommen hatte, beschäftigte er sich mit dem laufenden Bericht über die letzte Tagung der Mandatskommission. In diesem Bericht werden die Mandatarberichte aufgefodert, der Mandatskommission Mitteilung über das nationale Statut der Einwohner, über die postalischen Einrichtungen und Tarife zu machen.

### Einigung in der Danziger Eisenbahnerfrage.

Danzig, 5. März. Zwecks beschleunigter und endgültiger Erledigung des Streitcs über die Eisenbahnerfrage wurde am 2. März zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen eine Vereinbarung paraphiert, wonach die beiden Regierungen feststellen, daß sie das vom Haager Gerichtshof erhaltene Gutachten vom 3. März 1922 als authentische Auslegung des Polnisch-Danziger Abkommens vom 22. Oktober 1921 annehmen, und daß daher die in diesem Gutachten niedergelegten Grundsätze gegenüber Rechtsstreitigkeiten von Danziger Eisenbahnbediensteten vor den Danziger Gerichten maßgebend sein werden. Der Rat des Völkerbundes wurde infolgedessen gebeten, die Angelegenheit nicht mehr auf die Tagesordnung zu setzen. (W. T. B.)

### Die Verhandlungen der Kleinen Entente.

Genf, 5. März. Zu der Konferenz der Kleinen Entente wird von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: Im Laufe der Konferenz hat French Bericht über seine Unterredung mit dem österreichischen Bundeskanzler erstattet, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß der Verlauf der Verhandlungen einen günstigen Eindruck hervorgerufen hätte. Sodann hat Titulescu über seine Verhandlungen mit Mussolini, sowie über die allgemeine Lage auf dem Balkan Bericht erstattet. Es wird jedoch hervorgehoben, daß die Aussprache während der Konferenz den Charakter eines allgemeinen informierenden Gedankenaustausches hatte. In der ungarischen Untersuchungsfrage ist beschlossen worden, daß Titulescu im Völkerbundsrat bei der Erörterung dieser Frage nicht als Vertreter der Kleinen Entente, sondern lediglich als Ratsmitglied sprechen soll.

## Rund um Südtirol und Szent-Gothard.

Noch nie war die gesamteuropäische Lage so verworren und so überladen mit Konfliktstoff wie vor der letzten Rats-tagung in Genf. Schuld daran sind die verschiedenen Zwischenfälle, die die an sich harmlose Tagesordnung scharf zugespitzt und gleichzeitig die Mächtegruppen Europas zum Aufmarsch gegeneinander gebracht haben. Zunächst natürlich die Waffen-affäre von Szent-Gothard. Sie gab das Alarmsignal für Frankreich und seine westlichen Trabanten, weil durch eine Völkerbundsexekution gegen Ungarn mit einem Schlag zugleich sein Schutzherr, der verhasste und gefürchtete Diktator in Rom und durch die Inangabezung des Untersuchungs-verfahrens sogar die deutsche Politik zu treffen war. Die natürliche Folge war, daß Mussolini seine schützende Hand über Ungarn hielt und daß unsehbar zwar, aber deutlich fühlbar durch die politischen Auswirkungen Chamberlain an seine Seite trat. Soweit war die Entwicklung klar und in der Gesamtlage der europäischen Politik logisch begründet. Es konnte sich nur darum handeln, welche der beiden Mächtegruppen kräftiger war und infolgedessen die Mehrheit der neutralen und südamerikanischen Ratsvertreter auf ihre Seite zu ziehen vermochte. Die Verwirrung wurde in die so wohlgeordneten Reihen der Gegner getragen durch die Renauf-rolung der Südtiroler Frage im Wiener Nationalrat. Diese Tatsache allein beweist, was Mussolini nicht wahr haben will, daß das Südtiroler Problem schon lange kein inner-italienisches, sondern ein europäisches, ja ein internationales schlechthin geworden ist. Kaum zur Erörterung gestellt, hat es die widerspruchsvollsten Tendenzen in den zwischeneuropäischen Beziehungen ausgelöst und bis in die Genfer Ratskammer Wellen geschlagen. Zunächst von Paris her: denn so einig man sich dort in der Presse und in allen politischen Kreisen in der ungarischen Frage ist, so wenig harmonieren die Linke und die Rechte in ihrem Urteil über Südtirol aus Gründen, die mit der Sympathie und mit der Abneigung gegen den Faschismus als Regierungssystem zusammenhängen. Derselbe Aus-strahlung der innenpolitischen Einstellung auf die äußeren Ereignisse zeigt sich, sogar in viel härterer Ausmaß, in Deutschland. Auch hier sind sich zwar Presse und Parteien aller Richtungen einig in der Beurteilung der Vorgänge in Südtirol, aber doch mit Nuancen, die zu ganz entgegen-gesetzten Schlussfolgerungen führen. Die Rechte urteilt vorsichtiger und zurückhaltender, obwohl gerade sie sich pro-grammatisch für die Verrechnung des vergewaltigten Aus-landsdeutschtums einsetzt. Der Grund liegt darin, daß sie die legendreichen Wirkungen des faschistischen Regimes für Italien selbst nicht verkennt, seine neuschöpferischen Fähig-keiten richtig einschätzt und deshalb politische Zukunftsmög-lichkeiten nicht verschütten möchte, die um so wertvoller er-scheinen, je mehr die Aussichten einer wirklichen Verständ-lungspolitik mit Frankreich im Sande verlaufen. Dagegen hebt die deutsche Linke den Südtiroler Janfapel mit um so größerer Freude auf, weil sich mit dem überall als gut national empfundenen Eintreten für die bedrängten deutschen Stammesbrüder eine frische-fröhliche Dege gegen den Faschismus als solchen verbinden läßt. Dieses Treiben, das anti-faschistisch gemeint ist, aber jenseits des Brenners — wo man solche Unterschiede nicht kennt — antitalienisch aufgefaßt wird, geht in der Sache sogar so weit, daß die partei-demokratische Presse allen Ernstes fordert, die deutschen Ver-treter in Genf dürften sich im Rate nicht für Ungarn ein-legen, sondern sollten Schulter an Schulter mit Briand für die Wahrung der Völkerbundsautorität gegen die Horthy-Rebellen kämpfen. Die Selbstverleugung dieser deutschen Politiker ist so groß, daß sie gern mithelfen wollen, den im Hinblick auf Deutschland angelegten Untersuchungsprozeß einzuspüren, nur deshalb, weil sich der Schlag zunächst gegen Staaten richtet, deren innenpolitisches System ihnen verhasst ist. Wenn sie auch auf den Sach schlagen, der Esel, den sie meinen, ist nicht so dumm, daß er nicht merkt, was gespielt wird.

Veider aber hat auch Mussolini, der doch sicher ein Staatsmann von vielen Qualitäten ist, keine andere politische Methode gefunden, um sich aus der peinlichen Waffenaffäre zu ziehen, als die einer Entlastungsoffensive nach einer un-gesährlicheren Seite hin. Man kann sich tatsächlich dem Ein-druck nicht entziehen, daß jetzt von Rom aus auf Südtirol herumgeprügelt wird rein aus Meger und Verlegenheit. Aus dem Umstand, daß Mussolini auf die Wiener Aussprache hin

## Annahme der Redaktionsentwürfe zur Sicherheitsfrage.

### Im Genfer Ausschuß. — Die einzelnen Entschlehtungen. — Englische Vorbehalte.

Genf, 5. März. Die erste Entschlehtung des Redaktions-komitees über Schieds- und Vergleichsverträge erklärt, daß diese Verfahren ein wesentliches Element zur Krisenverhütung dar-stellen und spricht den Wunsch auf weiteren Ausbau aus. In bezug auf die Frage einer eventuellen Vermittelung des Rates heißt es: Der Rat soll alle Völkerbundsmittelglieder da-von verständigen, daß in Fällen, wo zwischen Staaten das Bedürfnis sich fühlbar macht, die allgemeine durch den Völker-bundspakt gegebene Sicherheit zu verstärken und deshalb einen Vertrag zu schließen, der die friedliche Regelung ihrer eventuellen Streitigkeiten gewährleistet, und wo ferner die entsprechenden Verhandlungen auf Schwierig-keiten stoßen, der Rat, wenn ein dahingehender Wunsch an ihn gerichtet wird (und nach Prüfung der politischen Lage und unter Berücksichtigung des allgemeinen Friedensinteresses), bereit ist, den interessierten Staaten seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen, die freiwillig von ihm angenommen werden können. Die Entschlehtung über die regionalen Sicher-heitsverträge enthält die gleiche Formel über Vermittelung des Rates.

In der dritten Entschlehtung wird der Wunsch aus-gesprochen, daß alle Staaten der Fakultativklausel des Haager Statuts beitreten möchten unter Anmeldung besonderer Vor-behalte und Einschränkungen. Lord Cushtendun als einziger Redner erklärte, daß er der Resolution zustimme, daß aber

England mit Rücksicht auf seine weitverbreiteten Interessen und die Regierungen der Dominions unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fakultativklausel nicht be-treten könne. Die vierte Entschlehtung verlangt die größten Garantien für die Unabhängigkeit des Verkehrs des Völkerbundes in Krisenzeiten und die baldige Errichtung einer starken Funktion. Die letzte Entschlehtung regelt die Weiterbehandlung der deutschen Anregungen auf der nächsten Tagung. Die angenommenen Entschlehtungen geben nunmehr zur Stellungnahme an die nächste Völkerbundsversamm-lung, die sie zu prüfen hat.

Genf, 5. März. In der Sitzung des Sicherheitsausschusses wurden die Präambel und die gesamten 38 Artikel des vom Redaktionsausschuß vorliegenden Entwurfs eines allgemeinen Abkommens über die friedliche Regelung von Streitigkeiten durch Gerichts- bzw. Schiedsgerichtsverfahren oder durch Vergleichsverfahren angenommen. Lord Cushtendun wies nochmals auf die englische Auffassung hin, daß der Völker-bundspakt als solcher bereits einen Generalvertrag darstelle und ein höheres Maß von Sicherheit gewähre, als jeder all-gemeine Vertrag im Augenblick bieten könne. Eindringlich betonte Cushtendun, daß man bei den jetzigen Veratungen nicht ihr einziges Ziel, die Förderung der Abrüstung, aus den Augen verlieren dürfe.